



„Bürger sollen in Zukunft mitbestimmen können bei Themen, die für sie zu kurz kommen.“

Stephan Lausch, Koordinator der Initiative für mehr Demokratie



Neue Klassenzimmer

stehen im Realgymnasium Torricelli in Bozen zur Verfügung – ein Computerraum und ein Klassenzimmer für Förderunterricht. 350 Kubikmeter Raum

wurden dafür umgebaut. Im Bild Landesrat Massimo Bessone, Schuldirektorin Chiara Nocentini, Luca Carmignola (Amt für Gebäudeverwaltung).



Verwaltungsgericht: „Garantie für Rechtssicherheit“

BOZEN (LPA). Beim Antrittsbesuch von Lorenza Pantozzi Lerjefors, die Anfang des Jahres ihr Amt als Präsidentin der Autonomen Sektion Bozen des regionalen Verwaltungsgerichts angetreten hat, hat Landeshauptmann Arno Kompatscher die Effizienz der Sektion Bozen gelobt, die italienweit am besten funktioniert. „Damit ist die Rechtssicherheit garantiert“, so Kompatscher. Die Präsidentin unterstrich die Bedeutung der paritätischen Zusammensetzung des Gerichtsrats. Derzeit sind neben ihr 6 Richter und Richterinnen in Bozen tätig. In Kürze komme ein achtes Mitglied dazu, sagte Pantozzi Lerjefors. Im Jubiläumsjahr 2024 soll mit einer Veranstaltung daran erinnert werden, dass vor 40 Jahren jene Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut erlassen wurde, die der Autonomen Sektion Bozen des Verwaltungsgerichts zugrunde liegt.

Mehr Raum für

„Lausch-Angriff“ mit 8 Parteien

MEHR BÜRGERBETEILIGUNG: Oppositions-Bündnis für mehr Demokratie will Hürden für Volksabstimmungen aus dem Weg räumen

BOZEN (hof). Die Initiative für mehr Demokratie hat im Hinblick auf die Landtagswahlen am 22. Oktober die Weichen dafür gestellt, dass sich nun 8 Südtiroler Oppositionsparteien zu einem Bündnis vereinen: Ziel ist mehr Bürgerbeteiligung bei Entscheidungsprozessen – und die absolute Mehrheit im Landtag.

Zum „Bündnis für mehr Demokratie“ zählen das Team K, die Grünen, die Südtiroler Freiheit, die Freiheitlichen, Enzian, der PD, Fratelli d'Italia und die 5-Sterne-Bewegung. Diese 8 Parteien stellen insgesamt 15 Landtagsmandatäre – auch Peter Faistnauer (Perspektiven für Südtirol) möchte beitreten – damit wären es 16. Der Koordinator der Initiative für mehr Demokratie, Stephan Lausch, ist davon überzeugt, dass diese Oppositionsparteien im Herbst 18 Mandate erreichen können. „Laut Umfragen sind wir schon dort“, meint Lausch. Mit dem Bündnis für mehr Demokratie soll ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden, zur Wahl zu gehen. „Alles, was Volksabstimmungen behindert und verhindert, muss beseitigt werden“, fordert Lausch. „Erleich-

terungen müssen eingeführt werden.“ Die Kommission, welche über die Zulässigkeit der Anträge auf Volksabstimmung entscheidet, sollte neu zusammengesetzt werden. Mitglieder der Kommission sollten nicht lokale Richter sein, die im Losverfahren ausgewählt werden. Statt dessen plädiert Lausch für „ein staatliches Register, in das sich Rechtswissenschaftler und Verfassungsrechtler eintragen können mit der Bereitschaft, ausgelost zu werden, um dann diese Funktion in der Kommission wahr zu nehmen“. Die Kommission, welche die Anträge auf Volksabstimmung abgelehnt habe, sei der Meinung, dass die Bürger die Regeln der Demokratie nicht per Volksabstimmungen gestalten können sollen, sagt Lausch. „Diese Auslegung steht nirgendwo geschrieben“, kritisiert der Koordinator. „Wir sind mit einer Kommission konfrontiert, die ausgelost wird und mit einer eigenen Auslegung des Autonomiestatus diese Anträge einfach ablehnt.“

Lausch fordert zudem, dass in Südtirol endlich auch die Online-Unterschriftensammlung eingeführt wird – so wie auf Staatsebene: „Es gibt keinen Grund, diese Online-Unterschriftensammlung weiterhin den Bürgern vorzuenthalten.“ Der Kreis der Beglaubigungsberechtigten sei bereits eng



Ziel ist die absolute Mehrheit im Landtag: Initiative-Koordinator Stephan Lausch (im Bild, 4. von links) mit (von links) Sandro Repetto (PD), Josef Unterholzner (Enzian), Brigitte Foppa (Grüne), Roland Stauder (Freiheitliche), Roberto Pompermaier (Initiative für mehr Demokratie), Marco Galateo (Fratelli d'Italia), Myriam Atz Tammerle (Südtiroler Freiheit), Diego Nicolini (5-Sterne-Bewegung) und Alex Ploner (Team K).

Matteo Groppo

– und vor 3 Jahren mit Dekret des Landeshauptmannes noch einmal eingeeengt worden. 15 Jahre lang sei es möglich gewesen, dass auch Lehrer und Sanitätspersonal Unterschriften beglaubigen können. Ohne Gesetzesänderung sei diese Möglichkeit dann abgeschafft worden. Das sei rückgängig zu machen und der Kreis der Ermächtigten zu erweitern, verlangt Lausch. Nicht zuletzt sollte

den Bürgern zudem ermöglicht werden, auch außerhalb ihrer Wohnsitz-Gemeinde zu unterschreiben – das sei besonders für Pender wichtig.

2022 habe man es erstmals nicht geschafft, die erforderlichen 8000 Unterschriften für ein Volksbegehren zu sammeln, bedauert Lausch. Mit 2 Volksbegehren wollte die Initiative für mehr Demokratie dem Landtag Vorschlä-

ge für eine einfachere und besser anwendbare Direkte Demokratie vorlegen. „Diese Hürde von 8000 Unterschriften ist absurd“, meint Lausch. 2000 Unterschriften für Volksbegehren auf Landesebene wären hingegen angemessen. Es gebe zudem keinen Grund, für eine beschließende Volksinitiative 13.000 Unterschriften zu verlangen. Diese Hürden seien zu senken.

© Alle Rechte vorbehalten